

Postismen

*Vom Nutzen und Nachteil
eines Denkmusters
für die Wissenschaften*

Herausgegeben von
Dieter Thomä

Seit Jahrzehnten befinden sich die Sozial- und Geisteswissenschaften auf dem »Post«-Weg. Bewegungen wie Postmoderne, Poststrukturalismus und Postkolonialismus haben Epoche gemacht, und die Liste, auf der bereits Wörter wie postheroisch, postdramatisch, posttraumatisch, postsozialistisch, postliberal und postfaktisch verzeichnet sind, wird ständig länger. Die Beiträge dieses Bandes befassen sich mit der Erfolgsgeschichte der Postismen und analysieren die Licht- und Schattenseiten des Nach-Denkens anhand prominenter Fallbeispiele.

Dieter Thomä ist emeritierter Professor für Philosophie an der Universität St. Gallen. Letzte Veröffentlichungen im Suhrkamp Verlag: *Vaterlosigkeit. Geschichte und Gegenwart einer fixen Idee* (Hg., stw 1947), *Puer robustus. Eine Philosophie des Störenfrieds* (mit einem neuen Nachwort über Donald Trump und den Populismus, stw 2275) und *Post-. Nachruf auf eine Vorsilbe* (2025).

Suhrkamp

durch Bildung, soziale Konvergenz – kann der Liberalismus unter heutigen Bedingungen noch glaubhaft vertreten?

Zweitens: Ist überhaupt eine (liberale) Demokratie möglich, die sich nicht wie in der Vergangenheit auf imperiale Machtasymmetrien und globale Ungleichheit stützt?

Drittens: Kann der Entkopplung von technologischem und sozialem Fortschritt entgegengewirkt werden? Aktuell richtet sich diese Frage auf die Folgen der Digitalen Revolution. Wird sie, entgegen den anfänglich mit ihr verbundenen Erwartungen, zu weiterer Oligopolbildung und Machtkonzentration statt zu einer demokratischeren Öffentlichkeit führen? Wird sich dadurch die Allianz zwischen neoliberal-libertären Tendenzen in der Ökonomie und populistisch-autoritären Tendenzen in der Politik weiter festigen?

Viertens: Wie steht es um die Trägerschichten des Liberalismus unter den Vorzeichen einer politischen Ordnung, die sich nicht mehr auf den Nationalstaat als alleinige institutionelle Richtgröße gründet? Können sie sich noch oder wieder um eine zukunftsfähige Sprecherposition herum konsolidieren, die zur »Verteilung von Hoffnung«²⁴ als unentbehrlicher symbolischer Ressource von Gesellschaften fähig ist?

Fünftens: Lässt sich die in Gang gekommene ökologische Transformation als ein Menschheitsprojekt erzählen und gestalten, das einen kollektiven Zugewinn schafft, oder setzen sich (post)apokalyptische Szenarien eines anarchischen Endkampfes um immer knappere Ressourcen durch? Kurz, gibt es eine Chance für ein »Projekt Moderne 2«, das einen neuen Zukunftsraum jenseits der Folgeschäden des »Projekts Moderne 1« aufschließt?

24 Ghassan Hage, *Against Paranoid Nationalism. Searching for Hope in a Shrinking Society*, Annandale 2003. Hage macht geltend, »dass Gesellschaften Mechanismen zur Verteilung von Hoffnung sind und dass die Art der Gefühlsbindung (als Besorgnis oder Fürsorge), die eine Gesellschaft bei ihren Bürgern generiert, eng mit ihrer Fähigkeit, Hoffnung zu verteilen, verbunden ist« (ebd., S. 3).

Ulrich Schmid

Das dreifache Ende der Geschichte im Sozialismus und im Postsozialismus

Bevor der Sozialismus unterging, hatte sich der Glaube an ihn auch in den sogenannten Volksdemokratien Osteuropas schon längst aufgelöst. Die marxistische Heilerwartung eines noch zu erreichenden Kommunismus bäumte sich auf dem 22. Parteitag der KPdSU 1961 ein letztes Mal auf. Nikita Chruschtschow versprach damals vollmundig, dass die »heutige Sowjetgeneration im Kommunismus leben« und dass die kommunistische Gesellschaft im Jahr 1980 »im Großen und Ganzen« errichtet sein werde.¹ Als sich jedoch in den siebziger Jahren abzeichnete, dass der Kommunismus nicht in Sicht war, schoben die Parteiideologen kurzerhand eine weitere, zeitlich vorerst unbefristete Epoche in die marxistische Geschichtsphilosophie ein. Der »entwickelte Sozialismus« erhielt 1977 sogar eine eigene Sowjetverfassung, deren Präambel stolz die Schaffung einer »entwickelten sozialistischen Gesellschaft« und die Existenz eines »Sowjetvolkes« verkündete. Ein wichtiger Effekt dieses ideologischen Tricks bestand darin, dass die vom Marxismus-Leninismus so oft beschworene revolutionäre Geschichte in der staatlichen Herrschaftspraxis angehalten wurde.

Damit markierten aber die Ereignisse von 1989 bis 1991 innerhalb der sozialistischen Gesellschaften gar keine Zeitenwende, sondern den Zusammenbruch eines geschichtslosen Zustands, der sich mit seiner eigenen ewigen und reichlich trostlosen Gegenwart bereits abgefunden hatte. Was nach der realen Existenz des Sozialismus kommen sollte, war eine Märchenwelt, die sich die indoktrinierten Gesellschaften Osteuropas höchstens als eine Art Kommunismus ohne Zwangsarbeit vorstellen konnten. Das Aufwachen aus diesen Träumen in den neunziger Jahren war hart. Ein alter Sowjetwitz schien sich zu bewahrheiten – nun allerdings in historischer Umkehrung: Was ist Kapitalismus? Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Was ist Kommunismus? Das Gegenteil davon.

1 William J. Thompson, *Khrushchev. A Political Life*, New York 1997, S. 238.

Diese Enttäuschungen schlugen in den postsozialistischen Gesellschaften schnell in ein Ressentiment gegen die vom Westen als universalistisch propagierten Werte wie Marktwirtschaft und Demokratie um. Volkstribune wie Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński, die in jungen Jahren noch energisch gegen die kommunistischen Systeme protestiert hatten, führten nun im Namen eines Antikommunismus wieder Programme ein, die erneut einen paternalistischen Staat und eine ideologische Steuerung der Gesellschaft vorsahen. Orbán kündigte freimütig eine »illiberale Demokratie« an, Kaczyński träumte laut von einem »Budapest an der Weichsel«.

Die postsozialistischen Demütigungen der osteuropäischen Gesellschaften wurden bald in neue »Post«-Kategorien übersetzt. Die beiden wichtigsten sind die Postapokalypse und der Postkolonialismus. In der Postapokalypse gravitiert die Geschichte nicht mehr auf die Katastrophe zu, der schlimmste Fall ist sogar schon eingetreten. Dem Individuum bleibt nur noch der nackte Überlebenskampf in einer feindlichen Umwelt. Der Postkolonialismus erlaubt es den osteuropäischen Gesellschaften, ihre Enttäuschungen in ein von einem selbstanklägerischen Westen etabliertes Narrativ einzubetten. Weil die osteuropäischen Staaten im Zeitalter des Imperialismus entweder über keine eigene Staatlichkeit verfügten (Polen, Tschechoslowakei, Ungarn) oder sich selbst kolonisierten (Russland), können die osteuropäischen Staaten den allgemeinen viktimisierenden Diskurs des Postkolonialismus auch für sich beanspruchen. Dabei spielt es keine Rolle, dass die aktuellen Staaten Polen und Ungarn selbst Zerfallsprodukte mittelalterlicher Imperien sind und dass Russland eine lange Unterdrückungsgeschichte nichtrussischer Völker aufweist.

Russland schlägt auf der osteuropäischen Landkarte auch im Post-Post-Sozialismus einen Sonderweg ein. In der Binnenperspektive des Putinismus zeichnet sich ein weiteres Ende der Geschichte ab. Die Polittechnologen des Kremls präsentieren das aktuelle Regime als höchste Synthese aller vorhergehenden Regierungsformen in Russland: Es gab die mittelalterlichen Stadtversammlungen, den Absolutismus der Zaren und den sowjetischen Autoritarismus. Alle diese politischen Ordnungen erzeugten angeblich eine stabile Staatlichkeit, die im 20. Jahrhundert zweimal unterbrochen wurde: Zwischen der Februar- und Oktoberrevolution 1917 durch die provisorische Regierung und in den neunziger Jahren durch

Jelzins Freigabe aller wirtschaftlichen und politischen Handlungsoptionen. Putins Propagandisten werden heute nicht müde, den Liberalismus als chaotische Gesellschaftsordnung zu diskreditieren. Die offizielle Geschichtspolitik versteht den historischen Prozess nicht als Vektor, sondern als Fluss, der sich in das Meer einer ewig dauernden Gegenwart ergießt. Damit präsentiert sich das System Putin als das Ende der russischen Geschichte, die nun bei der besten aller möglichen Welten angekommen ist.

1. Das sozialistische Ende der Geschichte vor dem postsozialistischen Ende der Geschichte

In den spätsozialistischen Gesellschaften Osteuropas war die Geschichte bereits zwei Jahrzehnte bevor Francis Fukuyama aus einer westlichen Perspektive ihr Ende deklarierte, zum Stillstand gekommen. Ein berühmtes Buch von Alexej Yurchak über die »letzte sowjetische Generation« trägt den Titel »Alles war für immer, bis es vorbei war«. Yurchak hebt hervor, dass sich das Verhältnis von Staat und Gesellschaft in der späten Sowjetunion weitgehend ritualisiert hatte. Die politischen Losungen verloren ihren ideologischen Inhalt. Die Menschen akzeptierten öffentliche Inszenierungen des Sozialismus als normale, aber bedeutungsleere Handlungen.² Nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in den Moskauer Satellitenstaaten stellte sich in den siebziger Jahren ein Gefühl der absoluten Stagnation ein. Das hatte mit dem unspektakulären Ende des Stalinismus zu tun. Der grausame Diktator war am 5. März 1953 gestorben. Zunächst herrschten Ratlosigkeit, Verzweiflung und Trauer. Am deutlichsten brachte der Schriftsteller Ilja Ehrenburg die allgemeine Reaktion auf den Punkt. In seinen Erinnerungen schrieb er:

Wir hatten längst vergessen, dass Stalin ein Mensch war. Er hatte sich in einen allmächtigen und geheimnisvollen Gott verwandelt. [...] Ich liebte Stalin nicht, aber ich habe lange an ihn geglaubt. Im Gespräch mit meinen Freunden nannte ich ihn, wie ihn alle nannten: chosjain, Hausherr. Die alten Juden haben sich auch gescheut, den Namen des Gottes auszusprechen.³

2 Alexei Yurchak, *Everything Was forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006, S. 14 f.

3 Ilja Ehrenburg, *Menschen, Jahre, Leben*, München 1965, Bd. III, S. 552, 554.

Der Kronprinz für die Nachfolge des blutigen Tyrannen im Kreml war der Geheimdienstchef Lawrenti Beria. Er beging allerdings denselben Fehler wie Trotzki nach dem Tod Lenins: Er hielt sich für den unangefochtenen neuen Herrscher. Dass Beria bereit war, unter der Bedingung einer militärischen Neutralität einer deutschen Wiedervereinigung zuzustimmen, brachte zahlreiche getreue Gefolgsleute Stalins gegen ihn auf. Nikita Chruschtschow setzte sich schließlich als unwahrscheinlicher Kandidat für das Amt des Generalsekretärs durch. Seine Entstalinisierungspolitik war höchst ambivalent: Auf der einen Seite kritisierte er 1956 in einer sorgfältig inszenierten »Geheimrede« den stalinistischen »Personenkult«, auf der anderen Seite unterstrich er mit der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes im selben Jahr seinen ideologischen Führungsanspruch im sozialistischen Lager.

In den meisten osteuropäischen Staaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der Roten Armee »befreit« worden waren, hatte der Kreml stalinistische Führer installiert. In Polen schuf Boleslaw Bierut einen Überwachungsstaat, in der Tschechoslowakei organisierte Klement Gottwald zahlreiche Schauprozesse, in Ungarn herrschte Mátyás Rákosi mit eiserner Faust. Diese Duodez-Fürsten fielen nach Stalins Tod aus der Zeit und wurden durch moderatere Führungsfiguren ersetzt. In Polen gelten die sechziger Jahre als Epoche der »kleinen Stabilisierung«, in der die Partei ihre Machtausübung selbst beschränkte und die Bevölkerung sich mit dem ungeliebten Herrschaftssystem arrangierte. In Ungarn kam es nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1956 zu einer blutigen Säuberungswelle, die jedoch schnell vom »Gulaschkommunismus« abgelöst wurde. In der Tschechoslowakei fand zwar der »Prager Frühling« 1968 in einem militärischen Kälteschock ein jähes Ende, allerdings trug der Sozialismus später unter dem langjährigen Partei- und Staatschef Gustáv Husák, der ursprünglich Dubčeks Reformen aktiv unterstützt hatte, wenn nicht ein »menschliches Antlitz«, so doch eine freundlichere Maske.

Die Stagnation, die sich unter Leonid Breschnjew in der Sowjetunion breitmachte, erstreckte sich letztlich auf alle Ostblockstaaten. Der Grund dafür lag in der sogenannten Breschnjew-Doktrin, mit der die Sowjetunion nach der Niederschlagung des Prager Frühlings das sozialistische System als obligatorisch für alle Länder im Moskauer Orbit erklärte. Erst als Gorbatschow 1989 eine neue

Richtlinie einführte, die ironisch als »Sinatra-Doktrin« bezeichnet wurde, konnten die Staaten des Ostblocks den Sozialismus auf ihre eigene Weise interpretieren (»I did it my way«).

Das Abwelken der Ideologie begann in Sowjetrußland in der Form eines kurzen literarischen Textes. Natalja Baranskaja beschrieb 1969 in ihrer Kurzgeschichte »Woche um Woche« den gehetzten Arbeitsalltag einer jungen Moskauer Mutter, die sich zwischen ihrem Beruf und ihrem Privatleben aufreibt. Die kommunistische Ideologie taucht in diesem Text nur noch als sarkastisches Klischee auf. Bei der Arbeit muss die Heldin eine offizielle Umfrage beantworten: »Lässt sich die sowjetische Frau von allgemeinen Volksinteressen wie dem Gebären von Kindern leiten?« Wichtiger als die Verweigerung ideologischer Imperative ist aber in dieser Erzählung die zirkuläre Zeitstruktur. Die atemlose Handlung beginnt am Montag und endet am nächsten Montagmorgen mit dem Klingeln des Weckers. Damit stellt Baranskaja dem immer noch verbindlichen Stilideal des sozialistischen Realismus, der »die Wirklichkeit in ihrer revolutionären Entwicklung« darstellen soll, ein nüchternes, aber realitätsnahes Modell entgegen. Baranskajas Text wurde in der wichtigsten sowjetischen Literaturzeitschrift veröffentlicht. Bei der Leserschaft erzielte sie einen Überraschungserfolg, weil sie einen Nerv der Zeit getroffen hatte. Die Kulturbehörden hingegen sprachen von einer »Panne in der ideologischen Kontrolle«.⁴

Am eloquentesten beschrieb Václav Havel die Stagnation in der Tschechoslowakei der siebziger Jahre. Er bezeichnete die Situation als »posttotalitär« und hob damit seine eigene Lebenswelt von Gottwalds »totalitärer« Herrschaft ab. Havel weigerte sich explizit, das tschechoslowakische System der siebziger Jahre als »Diktatur« zu bezeichnen. Viel wichtiger als Zwang und Repression sei die herrschende Ideologie, die den Menschen eine Illusion von Identität, Würde und Moral gebe und es ihnen gleichzeitig erlaube, die wahre Identität, die eigentliche Würde und die universale Moral aufzugeben. So würden die Menschen im Kommunismus gleichzeitig zu Opfern und Stützen des Systems. Havel konstatierte eine Reihe von fundamentalen Widersprüchen in diesem System: Die bürokratische Herrschaft heißt Volksherrschaft, die Arbeiterklasse wird

4 Natal'ja Baranskaja, *Autobiografija bez umolčanij*, in: *Grani* 156 (1990), S. 122-149, hier S. 136 f.

im Namen der Arbeiterklasse versklavt, die willkürliche Machtausübung tarnt sich als Herrschaft des Rechts, Scheinwahlen werden zur höchsten Form der Demokratie erklärt, militärische Überfälle sind brüderliche Hilfe. Letztlich beschrieb Havel hier nicht nur eine posttotalitäre, sondern auch eine postmoderne Herrschaftspraxis: Die Zeichen haben sich endgültig von der Realität gelöst und bilden eine eigene Wirklichkeit, in der rituelle Handlungen eine dominante Bedeutung erlangen. Paradoxiertweise führte gerade die posttotalitäre und postmoderne Praxis des real existierenden Sozialismus in eine Verlangsamung des historischen Prozesses, die in krassem Widerspruch zur messianischen Erwartung des Kommunismus als letzter Stufe der marxistischen Heilsgeschichte stand.

In einer phantastischen Traumvision gestaltete der polnische Autor Tadeusz Konwicki das Anhalten der Geschichte in den siebziger Jahren. Der Held des Romans *Mala apokalipsa* (1979)⁵ soll sich auf Rat seiner Freunde vor dem Warschauer Kulturpalast selbst verbrennen. Eine groteske Endzeitstimmung dominiert das Erzählgeschehen, in dem es keine Zukunftshoffnung mehr gibt. Zwei absurde Szenarien werden erwähnt: Die Volksrepublik Polen steht kurz vor dem Eintritt in die Sowjetunion, und die Wojewodschaft Jelenia Góra (Grünberg) soll wieder an Deutschland verkauft werden. Konwickis Roman, der die resignierte Stimmung in Polen auf gültige Weise einfängt, konnte nur in einem Untergrundverlag erscheinen. Gleichwohl zeigte bereits der ironische Titel, dass die »kleine Stabilisierung« der sechziger Jahre in der »kleinen Apokalypse« der siebziger Jahre implodiert war.

Auf ähnlich groteske Weise beschrieb László Krasznahorkai (1985) in seinem Roman *Satanstango* die angehaltene Zeit im spätsozialistischen Ungarn. Der Roman spielt in einem Provinzkaff, in dem das höchste Glück für die Männer im Alkohol, einer dampfenden Pflanze Paprikakartoffeln und einem Schäferstündchen mit der vollbusigen Frau Schmidt besteht. Krasznahorkai präsentiert eine gottverlassene Gesellschaft ohne Hoffnung auf eine bessere Zukunftsvision. Der Himmel ist grau, es schüttet fortwährend wie aus Eimern. Dem Niederschlag von oben entspricht der »innerliche Regen« der Handlungsfiguren. Der Roman wird durch ein Motto aus Franz Kafkas *Schloß* eingeleitet: »Dann will ich ihn lieber beim

Warten verfehlen.« Dieser intertextuelle Bezug wird im Roman weiter ausgestaltet. Die Dorfbewohner gleichen Dienern in einem Schloss, deren Herr sich gerade in den Kopf geschossen hat, und »lungern ratlos um die Leiche herum«.⁶ Am Ende eröffnet der Roman die Deutungsmöglichkeit, dass die dargestellte Wirklichkeit eine Phantasie des ständig betrunkenen Dorfarztes ist.

2. Die Wende: Ideologische Kontinuitäten und gesellschaftspolitische Brüche

Der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme überraschte nicht nur die westlichen Beobachter, sondern auch die osteuropäischen Gesellschaften. Diese Entwicklung verlief in den einzelnen Staaten mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und erfuhr am Ende eine enorme Beschleunigung. Mitten im Umbruch des Jahres 1990 stellte Timothy Garton Ash eine eingängige mathematische Formel auf. In Polen habe die Auflösung der sozialistischen Herrschaft zehn Jahre gedauert, in Ungarn zehn Monate, in der DDR zehn Wochen und in der Tschechoslowakei zehn Tage.⁷ Die Satellitenstaaten konnten nach 1989 an ihre wie auch immer prekäre Staatlichkeit aus der Zwischenkriegszeit anknüpfen. Die Sowjetunion, die nicht zwei, sondern drei oder vier Generationen kommunistischer Gewaltherrschaft erfahren hatte, implodierte regelrecht. Der Auslöser für das gewaltlose Ende der Sowjetunion waren die Geheimverhandlungen der Präsidenten der drei Sowjetrepubliken Russland (Jelzin), Belarus (Schuschkewitsch) und Ukraine (Krawtschuk) über ihre nationalstaatliche Souveränität. Am 25. Dezember 1991 trat Gorbatschow vor die Fernsehkamera und verkündigte ernüchtert das Ende der Sowjetunion. Er unterstrich dabei, dass er bis zum Ende für den Erhalt der Sowjetunion gekämpft habe.⁸ Gorbatschow hatte für einen »Umbau« (Perestrojka) der sozialistischen Wirtschaft plädiert. Damit meinte er die Einführung einer Kostenstellenrechnung, mit der die Leistung einzelner Betriebe abgebildet werden könne. Gorbatschow glaubte bis zuletzt, dass eine

6 László Krasznahorkai, *Satanstango*, Zürich 2007, S. 56, 94.

7 Timothy Garton Ash, *Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990*, München 1990, S. 401.

8 Ignaz Lozo, *Gorbatschow. Der Weltveränderer*, Darmstadt 2021, S. 347.

5 Tadeusz Konwicki, *Die polnische Apokalypse*, Frankfurt/M. 1982.

von Repressionen befreite Sowjetgesellschaft sich aus freien Stücken für den Sozialismus entscheiden würde. Boris Jelzin hingegen ernannte mit Jegor Gajdar einen neoliberalen Ökonomen zu seinem Finanzminister. Gajdar vermutete, die sowjetische Planwirtschaft sei gescheitert, weil ihr in sieben Jahrzehnten nicht gelungen sei, eine funktionierende Agrarproduktion zu organisieren. Unter dem Einfluss von Jeffrey Sachs, seinerzeit Wirtschaftsprofessor in Harvard, propagierte Gajdar eine Schocktherapie. Die Folgen waren allerdings fatal und kosteten Gajdar letztlich seinen Posten: Die unkontrollierte Privatisierung der Staatsbetriebe und die Freigabe der Preise führten zu einer Hyperinflation, zur Herausbildung einer Finanzoligarchie und zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Der Systemwechsel beendete zwar die Herrschaft der kommunistischen Parteien, wies aber zahlreiche Widersprüche auf. Die Solidarność-Bewegung, die entscheidenden Anteil am Untergang des kommunistischen Staates in Polen hatte, wollte ursprünglich an einer sozialistischen Wirtschaftsordnung festhalten. Kornel Morawiecki, der Vater des langjährigen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki in der PiS-Regierung, hielt 1982 als Vertreter des militanten Flügels der Solidarność fest, dass der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus in einem neuen »Solidarismus« überbrückt werden solle. Darunter verstand er eine Marktwirtschaft, die »ohne erhebliches Privateigentum« eine Betriebsführung durch Arbeiterselbstverwaltung sicherstellen könne. In dieser ideologischen Gemengelage kam es zu den seltsamsten Koalitionen. Der spätere Architekt der Schocktherapie Leszek Balcerowicz vertrat noch 1988 die Ansicht, die Polen bevorzugten »kollektive Lösungen«. Hingegen galt der kommunistischen Führung in den achtziger Jahren das thatcheristische Großbritannien als großes Vorbild für eine effiziente und schlanke Volkswirtschaft. General Jaruzelski schmeichelte sich bei der Eisernen Lady ein, indem er ihr während ihres Warschauer Staatsbesuchs im November 1988 zur Bekämpfung von »extremistischen Gewerkschaften« gratulierte. Jaruzelskis Nachfolger Mieczysław Rakowski, immer noch ein Mitglied der kommunistischen Arbeiterpartei und offener Gegner der Solidarność, orientierte seine Reformpolitik ebenfalls am britischen Vorbild – allerdings verfügte er im Gegensatz zu Thatcher über kein demokratisches Mandat. Sein Industrieminister Mieczysław Wilczek predigte eine »echte Marktwirtschaft« mit »echter Arbeitslosigkeit« und »echten

Kapitalrenditen«. Spätestens mit den sogenannten »Wilczek-Gesetzen« setzte die Privatisierung der polnischen Wirtschaft ein – dabei kamen allerdings oft die Vertreter der alten Parteinomenklatur als Schnäppchenjäger zum Zug.⁹

In der Tschechoslowakei hegten die Architekten des »Prager Frühlings« im Jahr 1989 die Hoffnung, ihre Konzepte eines ökonomischen dritten Wegs zwischen Sozialismus und Kapitalismus doch noch durchzusetzen. Der Ökonom Ota Šik hatte 1979 sein Zweisäulen-Modell einer »humanen Wirtschaftsdemokratie« entworfen. Die erste Säule war die »Mitarbeitergesellschaft«, die sowohl bei der Organisation als auch bei der Finanzierung eines Betriebs den Mitarbeitern ausgedehnte Mitbestimmungsrechte einräumte. Die zweite Säule war die »makroökonomische Verteilungsplanung«, die neben den Investitionen auch eine Gewinnbeteiligung für die Mitarbeiter vorsah. Allerdings wehte bei der »samtenen Revolution« in der Tschechoslowakei der Wind aus einer anderen Richtung. Šik wurde schnell marginalisiert, und neoliberale Denker wie Václav Klaus setzten sich durch. Klaus wandte sich explizit gegen einen »Mittelweg zwischen Markt und Plan«, wie ihn Šik entworfen hatte, und sprach sich für eine »Marktwirtschaft ohne Adjektive« aus.¹⁰

Einen wichtigen Anteil am gesellschaftspolitischen Umbruch in Ungarn hatte ein zorniger junger Mann. Im März 1988 gehörte Viktor Orbán zu den Gründungsmitgliedern des »Bundes junger Demokraten« (Fidesz). Das Parteiprogramm forderte einen Rechtsstaat für Ungarn, der Begriff des Sozialismus wurde bewusst ausgeklammert. Darauf wurde Orbán mehrfach von der Staatsanwaltschaft vorgeladen und polizeilich verwarnt. Im Juni 1989 hielt er anlässlich der symbolischen Beisetzung des hingerichteten Führers des ungarischen Aufstandes 1956 Imre Nagy eine Rede, in der er den Abzug der sowjetischen Truppen aus Ungarn forderte. Durch diese mutige Ansprache, die im staatlichen Fernsehen übertragen wurde, baute sich Orbán sein politisches Kapital als liberaler Oppositionspolitiker auf. Zu dieser Zeit arbeitete er für die Open Society Stiftung von George Soros, den er später zu seinem Erzfeind erklärte. Die Fidesz-Partei erlebte in der Folge eine Reihe von

9 Florian Peters, *Von Solidarność zur Schocktherapie. Wie der Kapitalismus nach Polen kam*, Berlin 2023, S. 131, 331.

10 Walter Knips, Martin Pollack, »Ich bin immer Optimist.« Gespräch mit Václav Klaus, in: *Der Spiegel* 17, 21. 4. 1991.

Transformationen: Aus einer jugendlichen antikommunistischen Protestpartei formte Orban in den neunziger Jahren zunächst eine nationalliberale und später eine sozialkonservative, rechtspopulistische Bewegung.¹¹

In Russland ging die Wende mit dem Verlust des Sowjetimperiums einher. Aus der einstigen Supermacht war ein Drittweltland geworden. In der späten Sowjetunion hatte sich die Staatsideologie immer mehr von der Realität entfernt. Vor allem die Erwartung des Abwelkens der Nationalitäten erwies sich als Trugschluss. Die Parteiideologen erwarteten zunächst ein »Zusammenwachsen« und schließlich das »Verschmelzen« der ethnischen Gruppen. Die letzte Sowjetverfassung von 1977 behauptete in der Präambel selbstbewusst, dass aufgrund »der brüderlichen Zusammenarbeit aller Nationen und Nationalitäten eine neue historische Gemeinschaft, das Sowjetvolk, entstanden« sei. Allerdings zeigten die Ereignisse Ende der achtziger Jahre in aller Deutlichkeit, dass in der Sowjetunion nicht das »Sowjetvolk« lebte, sondern Litauer, Letten, Esten, Ukrainer, Georgier und natürlich auch Russen. Das Einholen der sowjetischen Flagge vom Kreml und das Hissen der russischen Trikolore am 25. Dezember 1991 markierte den Bankrott nicht nur eines ökonomischen, sondern auch eines nationalitätenpolitischen Projekts. Nun flog auseinander, was nie zusammengehört hatte. Die Bevölkerung in Russland versank in einen Zustand der »post-sowjetischen Aphasie«: Man war nicht mehr sowjetisch, aber auch noch nicht russisch.¹²

In allen osteuropäischen Gesellschaften offenbarte sich nach dem Zusammenbruch des von oben verordneten Sozialismus schonungslos der Abgrund, der sich zwischen den Erwartungen auf die Ankunft eines heilsbringenden Kapitalismus und den tatsächlichen postsozialistischen Lebenswelten auftat.

3. Die postsozialistische Ablehnung des westeuropäischen Nachahmungsimperativs

Die zum Gemeinplatz gewordene Zäsur zwischen Sozialismus und Postsozialismus wurde in Osteuropa bald in Frage gestellt. Nach der Entsorgung des real existierenden Sozialismus auf die Müllhalde der Geschichte erregte besonders die Osterweiterung des westeuropäischen Werteraums den Argwohn der Intellektuellen. Im Jahr 2016 diagnostizierte der bulgarische Politologe Ivan Krastev bei der westeuropäischen Elite ein »Galapagos-Syndrom«. Er meinte damit, dass sich im Kerngebiet der EU das Reservat einer hoch entwickelten rechtsstaatlichen Demokratie entwickelt habe, in dem es keine natürlichen Feinde gebe. Unter den rauen Bedingungen der osteuropäischen, postsozialistischen Wirklichkeit seien die Ansprüche der von der Nachkriegsgeschichte verwöhnten Westeuropäer gar nicht durchsetzbar.¹³ Krastev rekurrierte auf eine Einsicht, die der spätere polnische Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz bereits in den fünfziger Jahren anschaulich formuliert hatte: »Der Unterschied zwischen dem westlichen und dem östlichen Intellektuellen besteht darin, dass Ersterer nie richtig eins in die Fresse gekriegt hat.«¹⁴

2017 veröffentlichte Krastev seinen langen Essay *After Europe*. Im Wesentlichen stimmte er hier einen Schwanengesang auf das europäische Einigungsprojekt an. Krastev deutete den Erfolg populistischer Bewegungen in Polen und Ungarn als Abwehrreaktion gegen die Schaffung einer »immer engeren Union«, die den Interessen der einzelnen Nationalstaaten zu widerlaufen scheint. Gleichzeitig konstatierte Krastev ganz unterschiedliche Trennungsachsen innerhalb der EU: Die Eurozonenkrise teilt die EU entlang einer Nord-Süd-Achse. Der Brexit trennt das Zentrum von der Peripherie, die Migrationskrise entfremdet den Osten vom Westen. Angesichts dieser düsteren Diagnose erwartete Krastev damals als »wahrscheinlichstes Szenario« das Auseinanderbrechen der EU.¹⁵

2019 arbeitete Krastev gemeinsam mit Stephen Holmes seine

11 Kai-Olaf Lang, »Rechtsruck. Die Parlamentswahlen in Ungarn 2010«, in: *Osteuropa* 6 (2010), S. 3-12.

12 Serguei Oushakine, »In the State of Post-Soviet Aphasia. Symbolic Development in Contemporary Russia«, in: *Europe-Asia Studies* 6 (2000), S. 991-1006.

13 Ivan Krastev, »Anatomy of Resentment«, in: Yoeri Albrecht, Mathieu Segers (Hg.), *Re: Thinking Europe. Thoughts on Europe: Past, Present and Future*, Amsterdam 2016, S. 109-120, hier S. 109.

14 Witold Gombrowicz, *Dziennik (1953-1956)*, Paris 1971, S. 22 f.

15 Ivan Krastev, *After Europe*, Philadelphia 2017, S. 44, 109.

Theorie noch genauer aus. Der Titel ihres gemeinsamen Buchs lautet *The Light That Failed*. Das ist eine Anspielung auf Rudyard Kiplings Roman gleichen Titels, aber vor allem auf den Essayband *The God that Failed*, den Louis Fischer, André Gide, Arthur Koestler, Ignazio Silone, Stephen Spender und Richard Wright im Jahr 1949 veröffentlicht hatten. Die sechs Autoren beschrieben darin die Enttäuschung ihrer ursprünglichen Hoffnungen auf den Kommunismus.¹⁶ Ähnlich analysieren Krastev und Holmes siebzig Jahre später die enttäuschten Hoffnungen der postsozialistischen Gesellschaften auf die Segnungen der kapitalistischen Marktwirtschaft und der westlichen Demokratie. Sie stützen sich auf die Konflikttheorie von René Girard, der das kompetitive Begehren als Grundlage zahlreicher Aggressionen analysiert hat. Girard geht davon aus, dass Begehren nicht in erster Linie auf die Attraktivität des ersehnten Objekts zurückzuführen ist, sondern auf das Begehren eines Konkurrenten. Bei der Nachahmung dieses Begehrens kommt es nach Girard zu einer »mimetischen Rivalität«, weil ein solches Begehren der eigenen Befriedigung im Wege steht.¹⁷ Fukuyamas These vom Ende der Geschichte¹⁸ stellt in Krastevs und Holmes' Sicht zwar keine gültige Beschreibung der Situation nach der Wende dar, sie prägte aber die Erwartungen an die Entwicklung der postsozialistischen Gesellschaften. Die marktwirtschaftliche Demokratie, besonders in der deutschen Ausgestaltung, wurde zu einem Nachahmungsimperativ: Die osteuropäischen Staaten sollten so werden wie Deutschland. Aus dieser Aufforderung erwuchs zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem in Polen und Ungarn das Ressentiment gegen jene Werte, die der Westen als universalistisch betrachtete: Menschenrechte, Liberalismus, Demokratie. Orbán und Kaczyński wehrten sich vor allem gegen die kulturellen Dominanzansprüche der EU, die aus ihrer Sicht eine postnationale und antireligiöse Konföderation darstellte. Brüssel wurde als neues imperiales Machtzentrum wahrgenommen, das die fatalen historischen Erfahrungen Polens und Ungarns unter Fremdherrschaft im

19. und 20. Jahrhundert fortsetzt.¹⁹ Deshalb folgen die Regierungen in Warschau und Budapest in der Formulierung ihrer Politiken der Leitlinie einer »posttraumatischen Souveränität«.²⁰

Krastev vereinigt in seiner Analyse Hellsichtigkeit und Blindheit. Dass der westeuropäische Nachahmungsimperativ in Osteuropa auf Ressentiments stieß, trifft zu. Allerdings vergaloppiert sich Krastev in seinem Ritt durch den osteuropäischen Dschungel, der aus seiner Sicht das direkte Gegenteil des Galapagos-Paradieses der EU darstellt. Krastev unterschätzt die ideelle Bindekraft des europäischen Staatenverbunds: Zwar erscheint die EU allzu oft als bürokratisches Monster oder als Selbstbedienungsladen, in dem sich wirtschaftlich schwächere Mitgliedsländer von den stärkeren aushalten lassen. Der Rechtswissenschaftler Joseph Weiler hat aber bereits 1997 darauf hingewiesen, dass die durch den Vertrag von Maastricht etablierte europäische Staatsbürgerschaft weitreichende und nicht absehbare Folgen für die »multiplen Demoi« der EU haben kann. Weiler schlägt ein Modell der doppelten staatsbürgerlichen Zugehörigkeit innerhalb der EU vor: Erstens ist man Mitglied einer nationalen Kulturgemeinschaft, gleichzeitig teilt man zweitens aber auch die europäischen Werte, die über die nationale Gemeinschaft hinausgehen.²¹ Krastev bleibt blind für solche Argumentationen, die trotz aller postsozialistischen Kränkungen Osteuropas auf eine neue Dynamik in der affektiven Konstruktion der europäischen Einigung hinweisen. Möglicherweise ist Krastevs ebenso düstere wie falsche Prophezeiung, die EU werde auseinanderfallen, auch eine Rache an der Schadenfreude, die gerade konservative westliche Kommentatoren beim Zusammenbruch der Sowjetunion geäußert hatten.

¹⁶ Pikanterweise hat diese Formulierung auch als Titel für das Manifest eines ultrarechten, libertären deutsch-amerikanischen Ökonomen gedient: Hans-Georg Hoppe, *Democracy. The God That Failed*, New Brunswick 2001.

¹⁷ René Girard, *Das Ende der Gewalt*, Freiburg 1983, S. 18.

¹⁸ Francis Fukuyama, »The End of History?«, in: *National Interest* 16 (1989), S. 3–18.

¹⁹ Ivan Krastev, Stephen Holmes, *The Light That Failed. A Reckoning*, London 2019, S. 11–13, 72.

²⁰ Jarosław Kuisz, Karolina Wigura, *Posttraumatische Souveränität. Ein Essay*, Berlin 2023.

²¹ Joseph H. H. Weiler, »To Be a European Citizen – Eros and Civilization«, in: *Journal of European Public Policy* 4 (1997), S. 495–519, hier S. 510.

4. Die späte Verwandlung des Postsozialismus in die Postapokalypse und den Postkolonialismus

Das osteuropäische Unbehagen in der postsozialistischen Befindlichkeit rief allerdings nicht nur eine populistische Revolte gegen den »Nachahmungsimperativ« hervor, sondern führte auch zu verbreiteten Selbstviktimsierungen. Die zwei wichtigsten sind die Postapokalypse und der Postkolonialismus. Dabei lassen sich regionale Unterschiede ausmachen: Das putinistische Russland verwandelte seinen Minderwertigkeitskomplex und seinen Phantomschmerz in eine neoimperiale Staatsideologie, die es seit 2008 immer aggressiver in die Tat umsetzt. Hier spielt das postapokalyptische Thema eine größere Rolle als in den postsowjetischen Ländern, die ihre Beziehung zu Russland in der Regel als Kolonialisierung auffassen.

Alexander Etkind weist darauf hin, dass die »Kombination von katastrophaler Vergangenheit, pathologischer Gegenwart und gefährlicher Zukunft« in der russischen Gegenwartskultur eine Reihe von Monstern, Vampiren und Geistern hervorgebracht habe. Dabei werde ein »nüchterner Beobachter« in eine »betrunkene Wirklichkeit« gestellt, in der er sich auf fantastische Weise behaupten muss.²² Dabei handelt es sich jedoch nicht um eine Apokalypse im biblischen Sinne, die das endzeitliche Geschehen offenbart. Die Lebenswelt im putinistischen Russland überblendet den Untergang aller Gewissheiten nach 1991 mit der prekären Normalität des bürgerlichen Lebens. Diese Befindlichkeit kann viel besser als Postapokalypse beschrieben werden: Die Katastrophe ist bereits passiert, ihr ursprünglicher Schrecken ist aber abgesunken zu einer allgegenwärtigen finsternen Bedrohung.

Eine besonders eindringliche Gestaltung der Postapokalypse hat Dmitrij Gluchovskij in seinem Roman *Metro 2033* (2007) und dem dazu gehörenden Videospiel (2014) gegeben.²³ Die Postapokalypse reduziert die Handlungsmöglichkeiten der Individuen auf wenige Aktionen. Gluchovskij geht in seiner literarischen Konstruktion davon aus, dass im Jahr 2013 ein Atomkrieg die Welt zerstört hat. Überlebt haben in Moskau nur jene Menschen, die zufällig in der Metro waren. In den Metrostationen entwickeln sich einzelne Zi-

vilisationen: »Faschisten« und »Kommunisten« kämpfen um Ressourcen. Auf der Erdoberfläche tummeln sich Mutantenmonster. Das Alltagsleben ist zu einem Krieg geworden, den niemand mehr als solchen erkennt. Im Kampf aller gegen alle gibt es für niemanden eine Aussicht auf einen Sieg. Das Leben erschöpft sich im nackten Überleben.

Das postapokalyptische Lebensgefühl hat sich auch im Genre der schwarzen Komödie niedergeschlagen. Anfang 2019 brachte eine unabhängige Produktionsfirma auf Youtube den Film *Das Fest* heraus. Mittlerweile hat der abendfüllende Film 3,8 Millionen Views. Das Kammerspiel des Regisseurs Aleksej Krasovskij spielt an Silvester 1941 im belagerten und hungernden Leningrad. Die Familie des berühmten Professors Voskresenskij erhält außerordentliche Lebensmittelrationen und muss das luxuriöse Essen vor den eingeladenen Gästen rechtfertigen. Im Stockwerk über dem Festsaal liegt die kranke Großmutter, die aber im Film nie auftaucht. Immerhin sendet sie regelmäßig per Klopfzeichen schwierig zu deutende Botschaften oder Befehle, die vom Leeren des Nachtopfs bis zum Servieren von Tee reichen. Die Familie des Professors hat sich in der Katastrophe gemächlich eingerichtet und versucht, die eigene Privilegierung vor den leidenden Menschen in der Stadt zu verstecken.

Das Zelebrieren des privaten Konsums erlaubt es den Handlungsfiguren, die katastrophale Situation, in der sie sich befinden, einfach auszublenden. Die Apokalypse ist zwar da, aber sie wird gleich wieder verborgen und ist nur in den Vermeidungsstrategien der Menschen erkennbar. *Das Fest* zeigt zwar die großbürgerliche Familie unter den Bedingungen des deutschen Angriffs auf Leningrad, aber der Erfolg dieses Films erklärt sich wohl dadurch, dass er als groteske Allegorie das Lebensgefühl in der Spätzeit der Ära Putin beschreibt. Die klopfende Großmutter kennzeichnet eine allgemeine Atmosphäre der Einschüchterung, die nicht nur unter Stalin, sondern auch unter Putin vorherrscht.²⁴

Allen postapokalyptischen Ausdeutungen der russischen Gegenwartskultur ist gemeinsam, dass sie das direkte Gegenteil der sowjetischen Zukunftsbegeisterung gestalten. Die Menschen in den dargestellten Lebenswelten bangen um die Erhaltung des prekären

²² Alexander Etkind, *Warped Mourning. Stories of the Undead in the Land of the Unburied*, Stanford 2013, S. 235.

²³ Dmitri A. Glukhovskij, *Metro 2033*, München 2008.

²⁴ Ulrich Schmid, *Bewegte Geschichtsbilder. Filmische Modellierung von Historizität in Russland, Polen und der Ukraine*, Köln 2019, S. 34.

Status quo. Jede mögliche Veränderung bedroht die aktuelle Existenz und kann nur zu einer Verschlechterung führen. Der Philosoph Michail Ėpštejn wendet das Konzept der »Retromanie« auf das putinistische Russland an: Simon Reynolds hatte 2011 in seinem Buch *Retromania* die Rückwärtsgewandtheit der Popmusik kritisiert, weil sie sich in endlosen Covers, Remakes und Mashups erschöpfe. Genauso starre die politische Kultur in Russland heute gebannt auf die Vergangenheit und habe jegliche Innovationskraft verloren.²⁵

Die Abhängigkeit der sozialistischen Satellitenstaaten und der nichtrussischen Sowjetrepubliken vom Moskauer Machtzentrum unterscheidet sich deutlich von der Situation der afrikanischen und asiatischen Kolonien innerhalb der imperialen Politik Frankreichs oder Großbritanniens. Allerdings hat die Nationsbildung nach dem Ende des westlichen Kolonialismus erhebliche emotionale Energien freigesetzt, die auch für die postsowjetischen Staatsprojekte attraktiv waren. Deshalb griff man den Begriff des »Postkolonialismus« dankbar auf, um einerseits die Ausbeutung in der Vergangenheit anzuprangern und andererseits die eigene nationale Emanzipation in einem globalen Kontext zu legitimieren. Das postkoloniale Paradigma lässt sich in einer doppelten Präsenz am ausgeprägtesten in der Ukraine nachweisen: Zum einen wurde es als historisches Deutungsmodell eingesetzt, zum anderen entfaltete es sich rasch zu einem politischen Kampfbegriff. Ilya Gerasimov bezeichnete den Euromaidan 2014 als »postkoloniale Revolution«. Aus seiner Sicht waren die monatelangen Demonstrationen in Kyiv und anderen ukrainischen Städten nicht einfach Ausdruck eines politischen Protestes, sondern entfalteten eine nationsbildende Kraft. Sie erzeugten ein eigenes Geschichts- und Sprachbewusstsein, brachten eine neue visuelle Kultur hervor und erzeugten einen kritischen Diskurs über die Kolonialmacht Russland.²⁶ Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Postkolonialismusdebatte noch einmal befeuert. Der wichtigste ukrainische Gegenwartsautor Serhij Zhadan formulierte stellvertretend für viele in einem Interview zum zweiten Jahrestag des Überfalls:

25 Michail Ėpštejn, *Pered koncom istorii. Grani russkogo antimira*, New York 2025, S. 50.

26 Ilya Gerasimov, »Ukraine 2014: The First Postcolonial Revolution. Introduction to the Forum«, in: *Ab Imperio* 3 (2014), S. 22–44.

Die Russen sind vom Gen des Imperialismus verseucht, alle Territorien, die sie jemals okkupiert hatten, halten sie für ihre eigenen. Es wird sehr lange dauern, bis die Russen von dieser Krankheit geheilt werden. Die russische Kultur ist ein wichtiges Element des ideologischen Projekts. Man kann die Augen verschließen. Man kann den Liberalen spielen und sagen, dort ist Putin, hier ist Puškin. Dort sind die »bösen Russen«, die mit Gewehren in den Händen Ukrainer töten und Ukrainerinnen vergewaltigen, und hier sind die »guten Russen«, die das nicht wollen. Aber wo sind die Russen, die das nicht wollen? Wo sind die Demonstrationen in Russland?²⁷

Die Konzeptualisierung des russisch-ukrainischen Verhältnisses als koloniale Unterwerfung schlägt sich auch institutionell nieder. Am 15. Juni 2023 verabschiedete die ukrainische Rada das Gesetz »Über die Verurteilung und Bekämpfung der russischen imperialen Propaganda und die Dekolonisierung der Ortsnamen«. Die Präambel dieses Gesetzes nimmt Bezug auf die UN-Deklaration »Über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker« vom 14. Dezember 1960.²⁸ Die ukrainischen Gesetzgeber blenden dabei allerdings geflissentlich aus, dass die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik im Jahr 1960 nicht als »kolonialisiertes Land« gelten konnte, sondern im Gegenteil neben der Sowjetunion und der belarussischen Sowjetrepublik ein vollberechtigtes Mitglied der UN-Generalversammlung war. Schon bei der Gründung der UNO hatte Stalin diese windschiefe Konstruktion durchgesetzt, um das Gewicht der sozialistischen Staaten zu erhöhen.

Allerdings zeichnen sich mittlerweile auch schon die ersten bizarren Verirrungen im Lager der Theoretiker des Postkolonialismus und der Verfechter der »Dekolonisation« ab. So prangert Walter Mignolo, der aus Argentinien stammt und seit vielen Jahren in den USA lebt und arbeitet, in einem Aufsatz vom Januar 2023 den aus seiner Sicht unsinnigen Versuch der Ukraine an, sich nach einer erfolgreichen sowjetischen und antikapitalistischen »Entwestlichung« wieder dem Westen anzuschließen. Russland hingegen habe dem Westen zu Recht den »Gehorsam« aufgekündigt und arbeite an der »Rekonstruktion seiner eigenen Bedürfnisse und Interessen«. Russ-

27 Serhij Žadan, »Wytrwać. Wywiad. Rozmawia Jacek Pawlicki«, in: *Newsweek Polska* 8 (2024), S. 50–54.

28 Declaration on the Granting of Independence to Colonial Countries and Peoples. (14.12.1960), (<https://digitallibrary.un.org/record/206145>), letzter Zugriff 1.4.2025.

land greife den Westen nicht an, sondern verteidige sich gegen die Zumutung westlicher Ordnungsvorstellungen.²⁹

5. Das putinistische Ende der Geschichte nach dem postsozialistischen Ende der Geschichte

In Russland dominieren aktuell Geschichtskonzeptionen, in denen die Bewahrung des russischen Staats als Garant für einen idealerweise ewigen oder geschichtslosen Zustand im Vordergrund steht. Das Verhältnis von Staat und Geschichte wird dabei unterschiedlich gefasst. Zum Ersten erscheint der Staat als eine Art Zeitozean, in den sich der Strom der Geschichte ergießt, zum Zweiten wird ein zyklisches Modell erprobt, in dem der Staat sich durch den Willen des Volkes erneuert, und zum Dritten tritt der Staat als entschleunigendes metahistorisches Prinzip des Katechon auf, das den kommenden Antichrist aufhält und das drohende Chaos bannt. Allen drei Modellen ist gemeinsam, dass die Zukunft bereits in der Gegenwart enthalten ist. Damit erübrigt sich historischer Fortschritt.

In der Putin-Administration wird angesichts der fehlenden demokratischen Legitimation des Regimes eifrig an alternativen Legitimationsnarrativen gearbeitet. Eine prominente Erzählung behauptet im Sinne des ersten der oben erwähnten Modelle, dass Russland alle Staatsformen bereits ausprobiert habe: von der mittelalterlichen Volksversammlung über das zaristische Imperium und die Sowjetdiktatur hin zum ungebändigten Liberalismus der neunziger Jahre. Das System Putin präsentiert sich aus der Sicht der Kreml-Ideologen als notwendige und unüberbietbare Synthese dieser historischen Erfahrungen. Den deutlichsten Niederschlag hat diese Ideologie im Essay »Putins langwährender Staat« des Kreml-Ideologen Vladislav Surkov aus dem Jahr 2019 gefunden. Surkov führt hier den Erfolg des Putinismus darauf zurück, dass er sich auf das »tiefe Volk« (im Gegensatz zum amerikanischen »tiefen Staat«) stützen kann.³⁰

29 Walter Mignolo, »It is a change of era, no longer an era of changes«, in: *Postcolonial Politics* (29. 1. 2023), (<https://postcolonialpolitics.org/it-is-a-change-of-era-no-longer-the-era-of-changes/>), letzter Zugriff 1. 4. 2025.

30 Vladislav Surkov, »Der langwährende Staat Putins« (16. 2. 2019), (<https://www.dekoder.org/de/article/putin-surkov-kritik-sonderweg>), letzter Zugriff 1. 4. 2025.

Das zweite Modell, also die Denkfigur der zyklischen Geschichte, stammt aus dem Eurasismus, der besonders von Lev Gumilev entwickelt wurde. Gumilev stellte den Begriff der »Passionarität« in das Zentrum seiner Theorie. Jedes Volk verfügt demnach über eine Lebensenergie, die in großen Wellen pulsiert. Putin zitierte Gumilevs Theorie zustimmend in seiner föderalen Ansprache vom 12. Dezember 2012. Ein wichtiges Ideologem ist dabei die angeblich »tausendjährige Geschichte Russlands«, die seit 2020 auch in der Verfassung festgeschrieben ist. Aufstieg und Untergang der Kiewer Rus', Aufstieg und Untergang des Zarenreichs, Aufstieg und Untergang des Sowjetimperiums präfigurieren den Aufstieg des postsowjetischen Russlands unter Putin, der in einer verlängerten Gegenwart immer noch andauert.³¹

Das dritte Modell des »Katechon« ist besonders stark in Alexander Dugins nationalistischer Staatsphilosophie präsent. Der Begriff »Katechon« stammt aus dem 2. Thessalonicherbrief und meint einen »Aufhalter«, der das drohende Kommen des Antichrist verhindert. Der Katechon spielt eine wichtige Rolle in Carl Schmitts geschichtsphilosophischem Denken, das in konservativen Kreisen in Russland stark rezipiert wurde. Dugin veröffentlichte bereits 1996 einen Aufsatz mit dem Titel »Der Katechon und die Revolution«. Er träumte davon, eine »eschatologische Gesellschaft« auf der Grundlage der Gerechtigkeit, Wahrheit, Gleichheit und anderer Attribute des Tausendjährigen Reichs in Russland einzurichten. Mittlerweile hat Dugin Putin selbst zum Katechon erklärt.³²

6. Die Multiplizierung des Endes der Geschichte

Sowohl das »Ende« als auch die »Geschichte« sind ein *singulare tantum*. Im Sozialismus und im Postsozialismus tauchen sie aber in verschiedener Gestalt auf und können sich deshalb vermehren.

31 Kåre Johan Mjør, »Russia's Thousand-Year History: Claiming a Past in Contemporary Russian Conservative Thought«, in: Mikhail Suslov, Dmitry Uzlaner (Hg.), *Contemporary Russian Conservatism. Problems, Paradoxes, and Perspectives*, Leiden, Boston 2020, S. 281-303.

32 Aleksandr Dugin, »Putin kak velikij pravitel' i 'posle-Putin«, in: *Zavtra* (12. 4. 2023), (https://zavtra.ru/blogs/putin_kak_velikij_pravitel_i_posle-putin), letzter Zugriff 1. 4. 2025.

Mittlerweile gibt es bei den Enden der Geschichten eine neue Unübersichtlichkeit. Als sich der Sozialismus totgelaufen hatte und seinen unerschütterlichen Zukunftsoptimismus gegen eine graue Alltagsroutine eingetauscht hatte, gewann im marxistischen Geschichtsmodell der Ausgangspunkt die Überhand über den Endpunkt: Die Menschen verorteten sich in einer vermeintlich ewig andauernden postrevolutionären Gegenwart, die von zwei Paradiesen zeitlich und räumlich getrennt war: von der verheißenen klassenlosen Gesellschaft in der Zukunft und vom real existierenden Kapitalismus hinter dem Eisernen Vorhang.

Das Ende des Sozialismus beendete dieses Ende der Geschichte in Gestalt der spätsozialistischen Stagnation. Was nun anbrach, war keineswegs schon die Epoche des Postsozialismus, sondern zunächst eine Zeit, in der überzogene Hoffnungen auf ein schnelles und umfassendes Glück zunächst geschürt und dann jäh enttäuscht wurden. Erst deren Ende markierte den Beginn des Postsozialismus. Anders als im Westen, der sich als Sieger des Kalten Krieges imaginierte und inszenierte, stellte sich in breiten Bevölkerungsschichten in Osteuropa das Gefühl ein, das sozialistische Gesellschaftssystem sei nicht nur schlecht gewesen. Die flächendeckende kapitalistisch-wohlfahrtsstaatliche Sozialversicherung für die Arbeitslosen und Ausgesteuerten wurde als Prämie wahrgenommen, die von den Privilegierten als Ausgleich für ihren märchenhaften Reichtum entrichtet werden musste. In solchen Konstellationen machte sich ein allgemeines Ressentiment breit, in dem die postsozialistische Befindlichkeit nicht als historischer Zufall, sondern als gewachsene Tradition wahrgenommen wurde. Das Ende des Sozialismus präsentierte sich also paradoxerweise als eine Kontinuität. Das heißt: Das Ende schien kein Ende zu nehmen.

Aber auch dieser Postsozialismus endete, und zwar im historiosophischen Anspruch von populistischen Herrschern wie Putin und Orbán, jeweils eine eigene nationale Antwort auf das Ende der Geschichte zu finden. Putin hatte bereits 1999 in einem Artikel darauf hingewiesen, dass sich die kommunistische Gesellschaftsordnung als Sackgasse erwiesen habe.³³ Er präsentiert sein eigenes System als bestmögliche Synthese aller historischen Erfahrungen

Russlands. Orbán hingegen schließt die kommunistische Herrschaft aus der ungarischen Geschichte aus und stellt sie der ottomanischen Fremdherrschaft im Mittelalter gleich. Die Epochen, in denen Ungarn nicht als eigener Staat existierte, werden zu leeren Blättern im Buch der Geschichte erklärt. Gemeinsam ist Russland und Ungarn, dass in beiden Verfassungen die »tausendjährige Geschichte« der eigenen Nation festgeschrieben ist. Die aktuelle Staatlichkeit Russlands und Ungarns verdankt sich aus dieser Perspektive einem Gründungsakt, der zwar in der fernen Vergangenheit liegt, aber gleichzeitig durch die magische Zahl 1000 auch eine eschatologische Dimension aufweist. Letztlich vertreten Putin und Orbán einen neuen Millenarismus, der ihrer eigenen politischen Theologie entspringt. Die Betonung der »tausendjährigen Geschichte« der russischen und ungarischen Staatlichkeit impliziert auch ein Abbremsen eben dieser Geschichte. Das heilsbringende Millennium wird durch das Erscheinen der beiden selbsternannten Messiasfiguren Putin und Orbán bestätigt. Allerdings stehen die Heilsbringer nicht am Anfang des »tausendjährigen Reichs«, sondern halten es im Moment seiner höchsten Entfaltung an. Damit ist aus der jeweiligen Binnenperspektive auch der Postsozialismus an sein Ende gekommen.

Das russische und das ungarische Modell haben sich durch diese Operation allerdings ein neues Problem eingehandelt. Die Garanten des neuen Zustandes sind den Gesetzen der biologischen Endlichkeit unterworfen. »Weltzeit« und »Lebenszeit« fallen nicht zusammen.³⁴ Die Lebenszeiten der beiden Messiasfiguren implizieren ein Ende, das es für den weltzeitlichen Anspruch ihrer Nationsprojekte nicht geben darf. Aber das ist eine neue Geschichte, auf deren Ende man gespannt sein darf.

33 Vladimir Putin, »Russia at the Turn of the Millennium«, in: Richard Sakwa, *Putin. Russia's Choice*, London 2008, S. 317–324.

34 Hans Blumenberg, *Weltzeit und Lebenszeit*, Frankfurt/M. 1986.